



Liebe Kolleg:innen,

wir wünschen euch eine möglichst stressfreie Adventszeit, frohe Feiertage und mit dem letzten Info 2024 natürlich einen guten Start in das neue Jahr. Bleibt gesund und munter 😊

Bis bald! Eure GEW-Fraktion

1. Kundgebung „Kleine Klassen jetzt umsetzen!“

Dem Regen trotzend hatten sich 80 Menschen am Nachmittag des 09.10.2024 vor dem Staatlichen Schulamt an der Berliner Straße in Offenbach zur Kundgebung mit dem Schwerpunktthema „Kleinere Klassen jetzt umsetzen!“ versammelt. Diese fand im Rahmen der landesweiten GEW Hessen Kampagne „Zeit für mehr Zeit“ statt.



..... [mehr dazu auf Seite 2](#)

2. Hitze, Hitze, Hitze - Raumsituation an unseren Schulen

Auch wenn momentan schwer vorstellbar bei den herbstlichen Temperaturen, wird im nächsten Sommer wieder jede Menge Unterricht ausfallen.

..... [mehr dazu auf Seite 3](#)

3. Fragwürdige „Offensive zum Wertevermittlung“ beginnt in Intensivklassen

Am 6. September 2024 startete Kultusministers Armin Schwarz die „Offensive zum Werteunterricht“.

..... [mehr dazu auf Seite 4](#)

4. Geplante Änderung im Besoldungsrecht

Die für August 2025 geplante Erhöhung um 5,5 Prozent soll laut Innenminister Poseck auf Dezember 2025 verschoben werden. Damit würde den hessischen Beamt:innen ein Teil ihrer Besoldung vorenthalten werden.

..... [mehr dazu auf Seite 5](#)

5. Amtsangemessene Alimentation 2024: Anträge bis Jahresende stellen

Seit dem Jahr 2017 raten wir jährlich unseren verbeamteten Mitgliedern Anträge auf amtsangemessene Besoldung zu stellen, wenn sie das in den Vorjahren noch nicht getan haben.

..... [mehr dazu auf Seite 6](#)

6. Termine

05.02.2025 Fortb. Endspurt: Pensionierung

14.05.2025 Vertrauensleute-Treffen (Kreis)

..... [mehr dazu auf Seite 7](#)

Kontakt

Aktuelle Informationen zu Bildungspolitik u. Gewerkschaftsthemen findet ihr hier: www.gew-offenbach.de

Kontakt zum Gesamtpersonalrat: GPRS.SSA.Offenbach@kultus.hessen.de

Verantwortlich für Info: Alexander Pohlit (a.pohlit@gew-offenbach.de)

1. Kundgebung „Kleine Klassen jetzt umsetzen!“

Dem Regen trotzend hatten sich 80 Menschen am Nachmittag des 09.10.2024 vor dem Staatlichen Schulamt an der Berliner Straße in Offenbach zur Kundgebung mit dem Schwerpunktthema „Kleinere Klassen jetzt umsetzen!“ versammelt. Diese fand im Rahmen der landesweiten GEW Hessen Kampagne „Zeit für mehr Zeit“ statt.

Gebündelte Luftballons in rot und weiß symbolisierten die Klassenstärken, die nach wie vor in Grund- und Hauptschulklassen bei bis zu 25, in Realschul- und Gymnasialklassen bei bis zu 30 Schüler:innen liegen.

Die Auswirkungen der Klassenstärke standen bislang kaum im Fokus wissenschaftlicher Untersuchungen zum Lernerfolg – sehr zum Unverständnis der Lehrkräfte. Vor allem jedoch im Hinblick auf Zuwanderung, Inklusion und unter dem Eindruck eines bedenklichen Medienkonsums sowie auch den Nachwirkungen der Pandemie steigt die Notwendigkeit, für jedes Kind individuelle Förderung, individuelle Materialien und individuelle Beratung sicherstellen zu können. So konstatiert die GEW-Vorsitzende des Kreisverbands Offenbach-Land, Kirsten Schultheis-Schauer: „Wir brauchen kleinere Klassen, um einerseits den Schüler:innen das Gefühl zu geben, persönlich wahrgenommen zu werden und andererseits den Lehrkräften die Möglichkeit zu geben, dies auch zu tun.“

Die aktuellen Klassenstärken machen dies unmöglich, zumal es in den Schulen in der Regel weder Differenzierungsräume zum phasenweisen Teilen von Lerngruppen noch ausreichend große Klassenräume gibt, um den Schüler:innen eine ruhige Lernatmosphäre zu gewährleisten.

Darüber hinaus wurde der Amtsleiterin des Staatlichen Schulamts, Susanne Meißner, eine Resolution mit fast 500 Unterschriften überreicht, die bereits 2023 an den damaligen Kultusminister Lorz übergeben worden war – bis heute ohne jede Reaktion. Deshalb hoffen wir beim jetzigen Kultusminister Armin Schwarz auf diesem Weg eine Antwort zu erhalten und somit mehr Aufmerksamkeit für die alltäglichen Probleme der Lehrkräfte zu bekommen.



Auf der Kundgebung sprach Serpil Sarikaya (SPD), die seit 2011 Kreistagsabgeordnete im Kreis Offenbach und seit März 2024 Mitglied im Landesvorstand der SPD Hessen ist. Das Land Hessen will im Haushalt 2025 rund 1,75 Milliarden sparen. Eine Antwort, wie mit diesen Einsparungen, die auch den Bildungsbereich betreffen werden, die Bedingungen an den Schulen verbessert werden können, blieb uns Frau Sarikaya allerdings schuldig.

2. Hitze, Hitze, Hitze - Raumsituation an unseren Schulen

Auch wenn momentan schwer vorstellbar bei den herbstlichen Temperaturen, wird im nächsten Sommer wieder jede Menge **Unterricht ausfallen**. Schon dieses Jahr hat die extreme Hitze dazu geführt, dass Schulleitungen über Wochen hinweg – vor und nach den Sommerferien – ein „so genanntes“ Hitzefrei aussprechen mussten, weil die **Situation in den Klassenzimmern** für alle Beteiligten **unzumutbar** war. Das gleiche Szenario und noch verstärkt ist auf Grund der nach vorne rutschenden Sommerferien für die kommenden Jahre zu erwarten – massiver Unterrichtsausfall gerade zu Beginn des Schuljahres, da ein Lehren und Lernen nicht möglich ist.

Die Schulträger im Schulamtsbezirk Offenbach und auch den Gesamtpersonalrat haben dazu zahlreiche Briefe von Kolleg:innen und Schulpersonalrät:innen erreicht. Die Kolleg:innen fordern, dass **umgehend gehandelt werden muss**. Neben den Bestandsgebäuden tauchen dabei immer wieder Probleme bei Neubauten auf, deren Planung und Ausführung hinsichtlich einer **energetischen Bauweise** nicht Stand hält, so an der Markwaldschule in Mühlheim. Voller Unverständnis hat der Personalrat darauf reagiert, dass das Lüftungssystem zur Nachtkühlung in dem Neubau nicht funktioniert.



Auch der Personalrat der Oswald-von-Nell-Breuning-Schule hatte sich im September an den Schulträger gewandt und um ein Gespräch gebeten, um die Situation zu besprechen und nach Lösungen zu suchen, wie man der Hitze zukünftig begegnen kann. Die Kolleg:innen hatten dem Schulträger eigene Messungen der Wärmeentwicklung in den Klassenräumen zu unterschiedlichen Zeitpunkten dem Brief beigelegt und so deutlich gemacht, dass **die Situation in den Klassenräumen bei großer Hitze draußen nicht tragbar** ist. Die Verantwortlichen des Fachdienstes Schule im Landkreis Offenbach ließen mit einer Antwort sehr auf sich warten, zeigten sich am 18.11.2024 schließlich zu einem Gespräch bereit, in dem die Vertreter:innen der Schule ihren Standpunkt deutlich machen und eigene Vorschläge unterbreiten konnten.

Für die GEW ist klar, das unabhängig der Haushaltslage, die verantwortlichen Schulträger im Schulamtsbezirk Offenbach anfangen müssen, konzeptuell zu arbeiten und **flächendeckende Lösungen** zu finden. Die KOREAL GmbH und das Stadtschulamt Offenbach sollten dabei nicht nur als Verwalter agieren, sondern gestaltend dazu beitragen die Situation für Schüler:innen und Lehrkräfte zu verbessern und **Unterrichtszeit bei großer Hitze zu garantieren**.

Im Gesamtpersonalrat beschäftigt sich **AG Arbeitsschutz intensiv mit diesem Thema**. Die GEW nimmt hier die **Schulträger in die Pflicht** und fordert sie auf, gerade bei den Sitzungen, zu Fragen rund um den Arbeitsschutz zwischen Schulamt, Schulleitungen und Schulträgern teilzunehmen.

Der GPRS arbeitet derzeit an einem **offenen Brief**, der die Themen **Hitze, Raumnot, Lärmbelastung** und **Digitalisierung** umfasst.

3. Fragwürdige „Offensive zum Wertevermittlung“ beginnt in Intensivklassen

Am 6. September 2024 startete Kultusministers Armin Schwarz die „Offensive zum Werteunterricht“. Angesichts einer Zunahme von Rechtsextremismus und Antisemitismus in der Gesellschaft, sollten in den Schulen Kräfte gebündelt werden, um sich explizit der Vermittlung von Werten zu widmen. Der Anfang soll (ausgerechnet!) in den Intensivklassen gemacht werden. Zwei zusätzliche Wochenstunden sollen der „Vermittlung von Werten“ gewidmet werden, die Umsetzung der Offensive soll (wöchentlich) durch einen „Beauftragten an der Schule“ geprüft werden.



Dass diese Initiative aus mehreren Gründen fragwürdig ist, ist von den Gewerkschaften und Verbänden bereits kritisiert worden. Wie sieht es aktuell mit der Umsetzung aus?

Die Schulen sind jetzt gezwungen, gesonderte Module im Deutschunterricht der Intensivklassen anzubieten. Welche Inhalte dort konkret vermittelt werden sollen, war mehrere Wochen lang unklar. Auch an den Schulämtern herrschte Ratlosigkeit. Inzwischen hat das HMKB Links zu Materialien auf seiner Homepage veröffentlicht (kultus.hessen.de/schulsystem/wertevermittlung), darunter zwei Hefte der „Bundeszentrale für politische Bildung“ (bpb), die man sich herunterladen kann (www.bpb.de/lernen/angebote/unterrichtsmaterial-fuer-willkommensklassen).

Wäre Armin Schwarz Fremdsprachenlehrer (statt PoWi-Lehrer) oder hätte er sich nur kurz mit Kolleg:innen besprochen, die in den Intensivklassen unterrichten, dann wäre sehr schnell herausgekommen, dass die gewünschten „Werte“, die nun in einem gesonderten Arbeitsheft bearbeitet werden sollen, sowieso Teil des



Ein separates Fach „Werte“ o.ä. ist überflüssig. Wir Lehrkräfte vermitteln selbstverständlich Werte und Normen in allen Fächern! (Susanne Vöpel, Mitglied der GEW-Fraktion im GPRS).

modernen (interkulturellen)

Fremdsprachenunterrichts sind. Alle Themen der Arbeitshefte tauchen in modernen Lehrwerken ebenfalls auf.

Moderner Fremdsprachenunterricht vermittelt implizit die Werte des menschlichen Zusammenlebens, von denen die meisten sowieso universell in der ganzen Welt gültig sind. Auch die Umgangsformen in Deutschland sind selbstverständlich Teil des kommunikativen Fremdsprachenunterrichts.

Die versprochenen zwei zusätzlichen Wochenstunden haben die Schulen bislang übrigens nicht erhalten (geschweige denn das Personal, das dort eingesetzt werden soll). Dass die Implementierung des „Werteunterrichts“ in Intensivklassen von einem „Beauftragten der Schule“ überwacht und dokumentiert werden soll, ist eine Provokation. Als ob sich Kolleg:innen gegen die Vermittlung von Werten stellen würden! Und: Als ob es an den Schulen Menschen gäbe, die dafür Zeit hätten!

4. Geplante Änderung im Besoldungsrecht

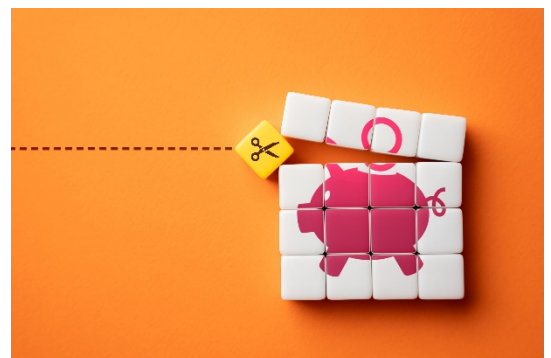
Innenministers Roman Poseck und Finanzminister Prof. Dr. Alexander Lorz gaben erste Einblicke in den Landeshaushalt 2025. Geplant sind Änderungen im Besoldungsrecht. Damit würde den hessischen Beamt:innen ein Teil ihrer Besoldung vorenthalten werden. Die für August 2025 geplante Erhöhung um 5,5 Prozent soll laut Innenminister Poseck auf Dezember 2025 verschoben werden.



Thilo Hartmann, Vorsitzender der hessischen GEW, kritisierte das Vorgehen der Landesregierung: „Mal wieder werden Beamt:innen nach Kassenlage besoldet und das trotz der tariflich bindenden Einigung vom 15. März 2024. Diese beinhaltete auch die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf Beamt:innen. Die Kolleg:innen sollen nun ein Sonderopfer für die falsche Finanzpolitik der Landesregierung erbringen.“ Die aufge-

geschobene Besoldungserhöhung führe zu Einsparungen in Höhe von circa 180 Millionen Euro. „*Statt das sozial ungerechte Hessengeld einzuführen, sollten die hessischen Landesbeschäftigten ordentlich bezahlt werden*“, sagt Hartmann. Ohnehin sei es ein Skandal, dass die hessische Besoldung nicht verfassungskonform ausgestaltet sei.

Weiterhin kündigt die Landesregierung an, keine zusätzlichen Kürzungen im hessischen Bildungsbereich vornehmen zu wollen. „*Wir begrüßen zwar, dass für den Haushalt 2025 nicht mit weiteren Kürzungen im hessischen Bildungsbereich zu rechnen ist.*“ Auch soll es keinen Stellenabbau an den Schulen geben. „*Dennoch gilt: die hessische Bildung bleibt weiterhin auf Kante genäht. Ausbleibende Kürzungen sind also kein Grund zur Freude. Die strukturellen Problemen, wie der Lehr- und Fachkräftemangel, der Investitionsstau an Schulen, Kitas und Hochschulen und die Überlastung der Kolleg:innen, werden damit nicht gelöst*“, stellt Hartmann fest. „*Die Arbeitszeit ist in Hessen besonders hoch, die Besoldung gehört zu den niedrigsten im Bundesgebiet. Mit der jetzt angekündigten Maßnahme und dem damit einhergehenden Vertrauensverlust ist zu befürchten, dass der Lehr- und Fachkräftemangel weiter ansteigen wird.*“



5. Amtsangemessene Alimentation 2024: Anträge bis Jahresende stellen

Seit dem Jahr 2017 raten wir jährlich unseren verbeamteten **Mitgliedern Anträge auf amtsangemessene Besoldung zu stellen**, wenn sie das in den Vorjahren noch nicht getan haben. Seit dem Jahr 2020 auch in Bezug auf den Familienzuschlag für drei oder mehr Kinder.

Spätestens seit den Vorlagebeschlüssen des Verwaltungsgerichtshofes Hessen an das Bundesverfassungsgericht vom 30. November 2021 ist davon auszugehen, dass die Besoldung der hessischen Beamt:innen die Anforderungen an **eine amtsangemessene Alimentation nicht erfüllt**. Das Bundesverfassungsgericht hat hierzu noch keine Entscheidung getroffen. Doch seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 gelten veränderte Maßstäben der amtsangemessenen Alimentation.

Mit zwei „Reparaturgesetzen“ versucht das Land Hessen den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gerecht zu werden. Erhöht wurden die Besoldungen und Versorgungen im Jahr 2023 um insgesamt 4,89 Prozent, im Januar 2024 um 3 Prozent. Es gab außerdem eine Inflationsausgleichszahlung. In der Gesetzesbegründung führt das Land Hessen aber selbst aus, dass durch diese Maßnahmen die Alimentslücke **noch nicht geschlossen wird**.



Ebenfalls am 4. Mai 2020 ergingen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts **zum Familienzuschlag** für Beamt:innen mit **drei und mehr Kindern**. Auch wenn das Land Hessen den Familienzuschlag für das erste und zweite Kind um je 100 Euro, für das dritte und alle weiteren Kinder um je 300 Euro angehoben hat, ist noch offen, ob dies ausreicht.

Daher empfehlen wir all **denjenigen, die den Antrag bisher noch nicht gestellt haben**, dies bis zum 31. Dezember 2024 nachholen. Beamt:innen sowie Versorgungsempfänger:innen, die einen solchen Antrag bereits in der Vergangenheit gestellt haben, müssen ihn nicht erneut stellen.

Unsere **Musteranträge** enthalten die Aufforderung an die Behörde, nicht nur den Eingang des Antrags zu bestätigen, sondern auch „den Verzicht auf die Einrede der Verjährung“ zu erklären. Nach derzeitigem Stand wird diese Erklärung nicht abgegeben. Aus unserer Sicht ist es nicht erforderlich, derzeit auf diesen Verzicht zu bestehen.

Amtsangemessene Besoldung allgemein:

Die „Aktiven Landesbediensteten stellen den Antrag bei der Hessischen Bezugsstelle Kassel: tinyurl.com/mpmyxhk5

Familienzuschlag für Beamt:innen mit drei oder mehr Kindern:

tinyurl.com/3jkdp5hc



6. Termine

27.11.2024

Personalrätetreffen im HLL in Dreieich, Anmeldung unter: <https://ak-kreditierung.hessen.de/web/guest/catalog/detail?tspi=241528>

05.02.2025

Fortbildung Endspurt: Pensionierung und Beamtenversorgung,
in Dietzenbach.



Es geht um Fragen der möglichen Gestaltung der letzten Dienstjahre und Auswirkungen auf die Beamtenversorgung, um Altersgrenzen, vorzeitige Pensionierung und Grundlagen des Beamtenversorgungsrechts. Es werden auch individuelle Fragen behandelt. Individuelle Rechtsberatung und Berechnungen sind im Seminar nicht möglich.

Kosten: 35 €. Für GEW-Mitglieder frei! 😊



Anmeldung unter: <https://www.lea-bildung.de/fortbildungen/show/aa0927-endspurt-pensionierung-und-beamtenversorgung>

14.05.2025

Vertrauensleute-Treffen
des Kreisverbandes Offenbach Stadt
im Klingspormuseum

14.05.2025

Vertrauensleute-Treffen
des Kreisverbandes Offenbach Land,
im Capitol in Dietzenbach
(Einladung folgt per Email)



7. Sonstiges

Hier ist nochmals darauf hinzuweisen, dass **Versetzungsanträge** weiterhin in schriftlicher Form möglich sind, obwohl er nicht mehr online seitens des Staatlichen Schulamtes zu finden ist. Daher haben wir ihn euch auf unserer Homepage hochgeladen:

https://gew-offenbach.de/fileadmin/Versetzungsantrag_hessenintern_und_schulamtsintern_2024.pdf